

Vorlage Nr.: 2026/0344

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **OA**

Jahresbericht der Ausländerbehörde

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Integrationsausschuss	03.07.2026	1	ö	Kenntnisnahme

Kurzfassung

Der Integrationsausschuss nimmt den Jahresbericht der Ausländerbehörde zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Kennzahlen und Leistungsdaten

Die erhobenen Kennzahlen und Leistungsdaten sind auf der einen Seite Basis für die Zielerreichung, Prozesssteuerung und ein Leistungsbenchmark für die Mitarbeitenden und gibt dem Integrationsausschuss auf der anderen Seite einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen, die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die operativen Herausforderungen der Ausländerbehörde. Die Arbeit der Ausländerbehörde bildet das rechtliche Fundament für die kommunale Integrationsarbeit, indem sie Aufenthaltstitel prüft und Rechtssicherheit schafft.

Bearbeitung von Aufenthaltstiteln

	2023		2024		2025	
Gesamtzahl	20.464	Prozent	19.511	Prozent	18.095	Prozent
Ausbildung	2.804	13.70	2.780	14.25	2.973	16.43
Erwerbstätigkeit	2.813	13.74	3.154	16.15	2.744	15.16
Humanitär	2.670	13.04	1.884	9.60	1.598	8.83
Familien	2.588	13.64	2.437	12.50	2.196	12.14
Duldungen	721	3.52	499	2.60	703	3.89
Fiktionsbescheinigungen	4.969	24.28	4.718	24.20	4.485	27.79
Niederlassungserlaubnis	2.698	13.18	2.793	14.30	2.369	13.09
Sonstige	1.201	5.86	1.246	6.40	1.027	5.68

Quelle: Komm.ONE Statistik

Klageverfahren	2023	2024	2025
Eingegangene verwaltungsgerichtliche Verfahren	33	38	65
davon Verfahren am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	0	1	4
davon Eilverfahren	10	9	19
Im jeweiligen Jahr abgeschlossene Verfahren (enthält teilweise Verfahren aus dem Zeitraum vor 2024)	51	54	28
davon abgewiesen	12	14	11
davon stattgegeben	2	3	4
davon Vergleich	2	2	0
davon sonstige Erledigung (Rücknahme, Erledigungserklärung, Zuständigkeitswechsel, Einstellungsfiktion oder Ähnliche)	34	35	13

Quelle: Statistik OA Juristik

Anzahl der Ausländerinnen und Ausländer im Stadtgebiet

	2023	2024	2025
Ausländerinnen und Ausländer	62.413	65.890	66.943

Quelle: AZR-Statistik

Service- und Expresszone

Die Anfang 2025 eingeführte Trennung der Publikumsströme im Eingangsbereich des Ordnungs- und Bürgeramtes hat sich erfolgreich bewährt. Die gezielte Zuordnung des Publikums, insbesondere der Ausländerbehörde sowie den Bürgerdiensten, wird deutlich effektiver gesteuert.

In die Expresshalle wurden POINT ID Geräte der Bundesdruckerei integriert. An diesen Geräten können die Besuchenden selbstständig biometrische Fotos und Fingerabdrücke vor ihrem Regeltermin abgeben.

Die Geräte wurden ab dem 1. Mai 2025 in Deutschland flächendeckend in Ausländerbehörden sowie Bürgerbüros durch die Bundesdruckerei aufgestellt. Durch eine gesetzliche Änderung sind gedruckte Passfotos aus Papier für Personalausweise und Reisepässe nicht mehr erlaubt. Die Antragstellenden haben daneben die Möglichkeit, biometrische Passbilder bei zugelassenen Fotografen sowie bei Drogerien fertigen zu lassen. Diese Bilder werden dann über einen QR-Code ins Fachverfahren KM-Ausländer integriert.

Folgende Besucherzahlen waren in der Expresshalle zu verzeichnen:

Am Expressschalter kam es in 2025 sowie im ersten Quartal 2026 zu monatlich durchschnittlich 2000 Vorsprachen. An dem dort integrierten eAT-Ausgabeschalter wurden durchschnittlich 1113 elektronische Aufenthaltstitel (eAT) und 57 elektronische Reiseausweise für Flüchtlinge, Ausländerinnen, Ausländer und Staatenlose ausgegeben.

Terminvorlauf

Der Terminvorlauf für die Abgabe biometrischer Daten sowie für die Ausgabe der elektronischen Aufenthaltstitel liegt aktuell durchschnittlich bei drei Werktagen. Der Terminvorlauf im Rahmen der Antragsbearbeitung beträgt derzeit bis zu vier Wochen.

Personalausstattung

In der Ausländerbehörde gibt es zurzeit einen Stellenanteil von circa 0,5 der nicht besetzt ist. Darüber hinaus sind alle Planstellen besetzt.

Herausfordernd ist die Situation insbesondere wegen der im Rahmen der Haushaltssicherung weggefallenen sechs Stellen zur Bewältigung der Mehraufgaben die durch die schutzsuchenden Personen aus der Ukraine angefallen sind.

Diese Einsparung kann zu einer Überbelastung bei der täglichen Aufgabenerfüllung und zu längeren Bearbeitungszeiten führen. Derzeit stellt sich die Situation so dar, dass die Hauptaufgaben durch die Mitarbeitenden des Sachgebiet 4 (Humanitär, Ausreise und Sicherheit) erledigt werden. Dabei wird bei der Antragsbearbeitung gezielt dahingehend beraten und geprüft, die ukrainischen Schutzsuchenden direkt in einen Beschäftigungs- beziehungsweise Ausbildungsaufenthalt zu bringen, sofern sie die Voraussetzungen dafür erfüllen.

Verpflichtungserklärungen

Das Ziel, die Bearbeitungseffizienz deutlich zu erhöhen und die Bearbeitungsqualität zu steigern wurde erreicht. Die Mitarbeitenden wurden geschult und Bearbeitungsrückstände konnten deutlich reduziert werden. Zurzeit liegt der Bearbeitungszeitraum bei circa vier bis fünf Wochen.

Des Weiteren wird die Bonitätsprüfung konsequenter an die gesetzlichen Vorgaben angepasst. Sicherheitsleistungen werden nicht mehr im „Regelfall“ erteilt, sondern ausgerichtet am Merkblatt des Bundesinnenministeriums nur zur Vermeidung einer unzumutbaren Härte ermöglicht. Für die Mitarbeitenden wurde ein Workflow sowie eine Checkliste erstellt.

Humanitäres Aufenthaltsrecht

Das Aufenthaltsrecht für schutzsuchende aus der Ukraine wurde bis zum 4. März 2027 verlängert. Durch die Verlängerung der Fortgeltung der Aufenthaltstitel nach § 24 AufenthG für schutzsuchende aus der Ukraine fällt weiterhin eine Einzelfallprüfung bei den Verlängerungen weg und stellt eine große Entlastung bei der Sachbearbeitung dar. Es bleibt abzuwarten, ob diese Regelung eine erneute Verlängerung erfährt.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht ist ausgelaufen. Die Antragsfrist endete am 31. Dezember 2025 so dass keine neuen Fälle mehr angenommen werden. Es besteht aber weiterhin bis Mitte 2027 für bis dahin ausgestellte Aufenthaltstitel nach dem Chancen-Aufenthaltsrecht ein hoher Prüfaufwand für den Wechsel in die Folgeparagrafen 25 a/b AufenthG.

Mitte 2025 wurde der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigte bis Juli 2027 komplett gestoppt. Von Jahresbeginn bis zum Stopp hatte die Ausländerbehörde ein Antragsaufkommen von zehn Anträgen.

Projekt KI-basierte Aktensuche

Die Ausländerbehörde arbeitet derzeit mit Komm.ONE an einer KI-basierten Aktensuche. Nutzen und Ziele dieses neuen Verfahrens sind insbesondere die Beschleunigung der Verfahren durch sekundenschnelles Finden relevanter Dokumente sowie Steigerung der Entscheidungsqualität, dass kein wichtiges Dokument übersehen wird.

Des Weiteren beinhaltet die KI-basierte Aktensuche:

- intelligente Volltext- und Kontextsuche,
- automatische Aktenstrukturierung,
- Informationsextraktion und Zusammenfassung,
- Datenschutz-Compliance,
- Auskunftsfähigkeit in Echtzeit.

Fazit

Die aktuelle Personallage zeigt sich weitgehend konstant und bewegt sich im Rahmen der normalen Fluktuation. Allerdings bergen die Sparvorgaben und Regeln zur Haushaltsstabilisierung erhebliche Risiken für den Personalbestand.

Die Digitalisierung der Antragsverfahren durch die Ausländerbehörde verzeichnet eine sehr hohe Akzeptanz bei den Antragstellenden. Die gut strukturierte und transparente Online-Abwicklung schafft großes Vertrauen und Verbindlichkeit.

Durch die Anbindung von KI-Lösungen im Rahmen der Digitalisierung kann die Sachbearbeitung effektiver und schneller erfolgen und die Terminvorläufe verkürzt werden.